



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales,  
Familie und Integration - 80792 München

NAME  
van de Sand

TELEFON  
089 1261-1195

TELEFAX  
089 1261-1025

E-MAIL  
Nora.vandeSand@stmas.bayern.de

An die  
Kommunalen Spitzenverbände

ausschließlich per Mail

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
Bitte bei Antwort angeben  
II4/6511-1/422

DATUM  
09.08.2017

**Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms  
"Kinderbetreuungsfinanzierung" 2017-2020**

Anlage  
Förderrichtlinie

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit informieren wir Sie gerne darüber, dass o.g. Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017-2020 am 8. August 2017 unterzeichnet wurde und am 31. August im Allgemeinen Ministerialblatt veröffentlicht wird. Die Richtlinie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2017 in Kraft.

In Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat haben wir ein wuchtiges Investitionsprogramm für die Schaffung und den Erhalt von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Einschulung aufgelegt. Die Förderung im kommunalen Finanzausgleich wird durch einen Zuschlag in Höhe von 35 % verstärkt. Eine Gemeinde mit durchschnittlicher Finanzkraft wird also mit insgesamt 85 % gefördert.

// Zukunftsministerium  
*Was Menschen berührt.*

Das zur Verfügung stehende Mittelvolumen ist durch die neue Förderformel (FAG-Förderung plus Zuschlag von 35 % über das 4. Sonderinvestitionsprogramm) nun so aufgestellt, dass alle bisher von den Gemeinden angekündigten Vorhaben zur Schaffung neuer Plätze mit einem Fördervolumen von mindestens 100.000 Euro von dem Sonderprogramm profitieren werden. Für die Großtagespflege haben wir bedarfsgerechte Sonderregelungen vorgesehen, hier gelten eine Zweckbindung von 10 Jahren und eine Bagatellgrenze von 50.000 Euro.

Wir bitten darum, Ihre Mitglieder über den Beginn des 4. Sonderinvestitionsprogramm in Kenntnis zu setzen. Ein Abdruck der Förderrichtlinie ist beigelegt.

Wir freuen uns, dass wir die bayerischen Gemeinden mit attraktiven Förderkonditionen bei der Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze unterstützen können.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Stefan John

Ministerialdirigent

**Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des  
Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017 bis 2020**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Arbeit und Soziales, Familie und Integration**

**vom 8. August 2017, Az. II4/6511-1/422**

<sup>1</sup>Der Freistaat Bayern gewährt im Rahmen eines Sonderprogramms nach Maßgabe dieser Richtlinie, des Gesetzes zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1893) und der hierzu erlassenen Bewirtschaftungsgrundsätze und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere der Verwaltungsvorschriften zu Art. 44 der Bayerischen Haushaltsordnung – BayHO) Zuwendungen zu Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt in einer Kindertageseinrichtung nach Art. 2 Abs. 1 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) und in der Großtagespflege nach den Art. 2 Abs. 4, Art. 9 Abs. 2 Satz 2 BayKiBiG in den Jahren 2017 bis längstens 2022.

<sup>2</sup>Die Festsetzung der Förderung erfolgt auf Grundlage der Zuweisungsrichtlinie (FAZR), soweit in dieser Richtlinie nichts anderes geregelt ist. <sup>3</sup>Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel.

**1. Zweck der Förderung**

Die Förderung dient der Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt, um ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für diese Altersgruppe bereitstellen zu können.

**2. Gegenstand der Förderung**

<sup>1</sup>Gefördert werden die zuwendungsfähigen Ausgaben für Investitionen (Neubau-, Ausbau-, Umbau-, General- und Teilsanierungsinvestitionen) zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen im Sinne von Art. 2 Abs. 1 BayKiBiG und in der Großtagespflege im Sinne von Art. 2 Abs. 4, Art. 9 Abs. 2 Satz 2 BayKiBiG.

<sup>2</sup>Zusätzliche Betreuungsplätze im Sinne dieser Richtlinie sind solche, die entweder

neu entstehen oder Plätze, die ohne Erhaltungsmaßnahmen ersatzlos wegfallen würden oder durch General- oder Teilsanierung (gemäß Nr. 2 FAZR) oder einen Ersatzneubau, der als wirtschaftlichere Alternative zur Generalsanierung durchgeführt wird, erhalten bleiben. <sup>3</sup>Personal-, Betriebs- und Verwaltungskosten werden im Rahmen dieser Richtlinie nicht gefördert.

### **3. Zuwendungsempfänger**

<sup>1</sup>Zuwendungsempfänger sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landkreise und kreisfreie Städte) und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

<sup>2</sup>Sofern eine Maßnahme im Sinne von Nr. 2 von einem freigemeinnützigen oder sonstigen Träger durchgeführt wird und sich die Kommune daran mit einem Zuschuss beteiligt, erhält die Kommune eine Zuwendung nach Maßgabe dieser Richtlinie und gemäß ihrem Anteil an der Maßnahme.

### **4. Zuwendungsvoraussetzungen**

#### **4.1 Grundvoraussetzung**

<sup>1</sup>Die Förderung nach dieser Richtlinie setzt eine grundsätzliche Förderfähigkeit der Bauinvestition nach Art. 10 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) in Verbindung mit der FAZR voraus. <sup>2</sup>Großtagespflegestellen werden bei der Beurteilung der grundsätzlichen Förderfähigkeit Kinderkrippen gleichgestellt.

#### **4.2 Zeitlicher Rahmen**

<sup>1</sup>Gefördert werden Investitionen, die ab dem 1. Juli 2016 begonnen wurden. <sup>2</sup>Bei Investitionsvorhaben, die in selbstständige Abschnitte aufgeteilt werden können, ist eine Förderung des selbstständigen Abschnitts möglich, wenn allein dafür die Förderkriterien erfüllt sind. <sup>3</sup>Als Beginn eines Investitionsvorhabens gilt der Abschluss eines zur Umsetzung des Vorhabens dienenden rechtsverbindlichen Leistungs- und Lieferungsvertrages. <sup>4</sup>Investitionen sind bis spätestens 30. Juni 2022 vollständig abzuschließen. <sup>5</sup>Als Abschluss einer Baumaßnahme gilt die bauliche Fertigstellung und Übergabe des Bauwerks an den Nutzer.

#### **4.3 Zweckbindung**

<sup>1</sup>Die Zweckbindung der Fördermittel für Baumaßnahmen beträgt 25 Jahre, im Bereich der Großtagespflege jedoch zehn Jahre. <sup>2</sup>Für die Zeit der nicht zweckentsprechenden Verwendung der Investitionen ist die Zuwendung anteilig

zurückzuzahlen. <sup>3</sup>Der Maßnahmeträger weist in der Einrichtung angemessen auf die Bundesförderung hin.

#### **4.4 Fachliche Voraussetzungen**

<sup>1</sup>Die Kommunen, in deren Gebiet die Maßnahme durchgeführt werden soll, müssen die Bedarfsnotwendigkeit der Maßnahme gemäß dem BayKiBiG feststellen. <sup>2</sup>Die Kommunen bestätigen im Falle von General- und Teilsanierungen beziehungsweise Ersatzneubauten schriftlich, dass die Betreuungsplätze für Kinder bis zur Einschulung ohne die Baumaßnahme wegfallen würden. <sup>3</sup>Eine Förderung aus diesem Programm setzt voraus, dass die Kindertageseinrichtungen bei Inbetriebnahme beziehungsweise die Großtagespflegestellen bei Aufnahme der Tätigkeit ferner die übrigen Fördervoraussetzungen des BayKiBiG erfüllen.

#### **4.5 Maßnahmen freigemeinnütziger oder sonstiger Träger**

<sup>1</sup>Sofern eine Maßnahme im Sinne von Nr. 2 von einem freigemeinnützigen oder sonstigen Träger durchgeführt wird, ist die Einhaltung der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen (zum Beispiel die FAZR beziehungsweise die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen) Voraussetzung für die staatliche Förderung. <sup>2</sup>Die Zuwendungsempfänger haben die Einhaltung dieser Bestimmungen durch die freigemeinnützigen oder sonstigen Träger in geeigneter Weise sicherzustellen.

### **5. Art und Umfang der Zuwendung**

#### **5.1 Art der Zuwendung**

Die Zuwendung erfolgt als Anteilfinanzierung, die nach Maßgabe der Nr. 5.3 der Höhe nach begrenzt wird.

#### **5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben**

Die Festsetzung der zuwendungsfähigen Ausgaben erfolgt entsprechend der FAZR.

#### **5.3 Höhe der Förderung**

<sup>1</sup>Die Förderung erfolgt in Höhe von 35 % der nach Art. 10 FAG zuweisungsfähigen Ausgaben. <sup>2</sup>Die Zuwendung nach dieser Richtlinie wird nach kaufmännischen Gesichtspunkten auf volle tausend Euro gerundet; die Gesamtzuwendung nach Art. 10 FAG und dieser Richtlinie ist auf 90 % der zuweisungsfähigen Ausgaben begrenzt. <sup>3</sup>Übersteigt die staatliche Gesamtzuwendung den Höchstfördersatz nach Satz 2, wird der Fördersatz nach Satz 1 entsprechend gekürzt. <sup>4</sup>Abweichend von

Nr. 2.2 FAZR werden Zuwendungen für die Großtagespflege nur gewährt, wenn die abschließend festgestellten zuwendungsfähigen Ausgaben des im Antrag dargestellten Vorhabens insgesamt 50 000 Euro überschreiten (Bagatellgrenze).

#### **5.4 Mehrfachförderung**

<sup>1</sup>Eine Förderung nach der Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ in der Fassung vom 7. Dezember 2016 (AllMBI. S. 2221) schließt insoweit die Förderung nach dieser Richtlinie aus. <sup>2</sup>Verschiedene Förderprogramme können im Übrigen bezogen auf eine Baumaßnahme in Anspruch genommen werden, wenn eine sachliche Differenzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben getroffen werden kann (zum Beispiel nach Plätzen beziehungsweise Altersgruppen).

### **6. Antragstellung und Bewilligung**

#### **6.1 Verwaltungsvorschriften**

<sup>1</sup>Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheids und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu Art. 44 BayHO sowie die Art. 48 bis 49a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes. <sup>2</sup>Im Zuwendungsbescheid ist insbesondere auf die Einhaltung der Bestimmungen der ANBest-K, die dem Bescheid als Anlage beigelegt werden, hinzuweisen. <sup>3</sup>Das Prüfungsrecht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs ergibt sich aus Art. 91 BayHO.

#### **6.2 Bewilligungsbehörde**

Bewilligungsbehörden sind die Regierungen.

#### **6.3 Antrag**

<sup>1</sup>Für eine Förderung nach dieser Richtlinie ist ein Antrag nach Muster 1a zu Art. 44 BayHO erforderlich. <sup>2</sup>Zuwendungsempfänger haben die Anträge an die örtlich zuständigen Regierungen zu richten. <sup>3</sup>Kreisangehörige Gemeinden haben einen Abdruck des Antrags an die jeweilige Rechtsaufsichtsbehörde zu übersenden.

#### **6.4 Antragsfrist**

Anträge sind bis 31. August 2019 zu stellen.

## **6.5 Abruf der Mittel**

<sup>1</sup>Die Auszahlung der Fördermittel kann grundsätzlich entsprechend dem nachgewiesenen Baufortschritt beantragt werden. <sup>2</sup>Die Regierungen können Fördermittel bis zum 31. Oktober 2022 abrufen. <sup>3</sup>Die Förderbescheide werden nach Maßgabe des Eingangs der vollständigen Förderanträge erteilt. <sup>4</sup>Reichen die zur Verfügung gestellten Fördermittel nicht aus, haben Anträge zur Schaffung neuer Plätze Vorrang vor Erhaltungsmaßnahmen. <sup>5</sup>Bei gleichzeitig eingegangenen Förderanträgen ist der Zeitpunkt der Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung maßgebend.

## **6.6 Mitteilungspflichten der Zuwendungsempfänger und Regierungen**

<sup>1</sup>Die Prüfung der Verwendungsnachweise für Investitionen muss bis spätestens 31. Dezember 2023 von der zuständigen Regierung abgeschlossen sein. <sup>2</sup>Die zuständige Regierung setzt abhängig vom Bewilligungszeitpunkt eine entsprechende Vorlagefrist fest. <sup>3</sup>Die Regierungen übersenden dem Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des jeweiligen Haushaltsjahres Übersichten über die zweckentsprechende Inanspruchnahme und Verwendung der Fördermittel (Anzahl und Art der geförderten Vorhaben, Anzahl der zusätzlichen Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen sowie in der Großtagespflege, das geförderte Investitionsvolumen, Höhe der bereitgestellten und ausgezahlten Mittel).

## **7. Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2024 außer Kraft.

Werner Zwick  
Ministerialdirigent